

Bürgerinitiativen gegen unliebsame Projekte

WAZ u.
03.01.2013
Von Irene Stock

„Wir für unser Dorf“ wartet auf Prozesstermin, „Ein Herz für Hullern“ macht weiter

Haltern am See. Sie nennen es Naturschutz, Lebensqualität, Erhalt des Stadtbildes, doch meist geht es um das eigene Wohl: Mit wachsender Professionalität bekämpfen Bürger in Haltern am See unliebsame Projekte. Schon 2011 war die Seestadt das Dorado der Bürgerinitiativen (BI). Auch in 2012 beschäftigten sie die Politik in der Seestadt.

Den Initiativen geht es nicht um eine bessere Welt, sondern um den eigenen Vorgarten. Im Falle der BI „Wir für unser Dorf“ in Hamm-Bossendorf könnte das Idyll mit Fast-

„Würden wir kein Geld bereit stellen, stünde McDonald's“

Willi Kühl, Bürgerinitiative
„Wir für unser Dorf“

Food-Verpackungen zugemüllt werden. Seit Januar 2011 wehren sich Bürger gegen den Bau einer McDonald's-Filiale am Bossendorfer Kreuz. Die Stadt verkaufte das Grundstück im Juli 2011 an die Burger-Kette. Die BI sammelte daraufhin Unterschriften und Geld und zog vor das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Ausgang offen. Nicht



Die Bürgerinitiative „Ein Herz für Hullern“ ließ „Herzen steigen“ und protestierte so gegen den Bau von Windkraftanlagen am Ortsrand von Hullern. FOTO: LUTZ VON STAEGMANN

zog vor das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Ausgang offen. Nicht mal ein Prozesstermin steht fest. Die BI muss einen langen Atem haben, auch finanziell und so sagt Mitglied Willi Kühl: „Wenn hier keine Leute wären, die das Geld bereit stellen würden, stünde McDonald's schon.“ Zudem habe die Initiative den Nachteil, dass die Politik den Bürgerprotest nicht unterstütze.

Anders in Hullern. Die BI „Ein Herz für Hullern“ ist ein erfolgreiches Beispiel für lokal organisiertem Protest, der sich nicht nach parteipolitischer Couleur richtet oder von Organisationen vereinnahmt lässt – und trotzdem die Kommunalpolitik hinter sich weiß. Der von Bundeskanzlerin Merkel ausgerufenen Energiewende zum Trotz verhinderte die BI die Ausweisung einer Windvorrangzone mit fünf Anlagen. Die BI skizzierte ein Schreckensszenario aus Schallmissionen, Wertverlust von Immobilien, Zerstörung der Natur, Schädigung der menschlichen Föten und

gewann damit die Unterstützung der Dorfbewohner und der Kommunalpolitiker. Der Rat kippte die Zone. Entgegen der Darstellung im Dezember will die BI weitermachen. „Wir sind dabei, die nächsten Schritte zu überlegen“, sagt Dr. Heinz-Werner Vissmann. „Aufgrund der aktuellen Sachlage müssen wir weitermachen“ Hintergrund ist, dass der Bau von Windan-



400 Unterschriften gegen McDonald's.

FOTO: LUTZ VON STAEGMANN

lagen in den Zonen III und IV wieder offen ist, nachdem eine zwingend erforderliche Artenschutzprüfung ein Uhu-Paar ausmachte.

Naturschutz ist ein Argument

Geschlagen gab sich hingegen die BI „Neue Mitte Sythen“. Ihr gelang es zwar, den Blick auf den Erhalt der Ortsmitte zu lenken, doch die Lokalpolitiker versagten die Unterstüt-

zung und die Mehrheit der Bürger stößt sich weniger an der Bebauung des Dorfplatzes als an der Verkehrsführung über die Marktstraße. Ende November 2012 erfolgte der erste Spatenstich zur Umgestaltung.

Um ihre Ziele durchzusetzen, führen viele der Widerständler mit Vorliebe die Natur ins Feld. So spielt der Wald eine tragende Rolle beim Widerstand der „Bürgerinitiativen

Hohe Mark ohne Forensik“ und „Bürgerinitiative gegen Forensik in Haltern am See und zum Schutz der Hohen Mark“. Vier Hektar Wald müssten für den Bau im Naturpark Hohe Mark gefällt werden. Beide BI können sich großer Unterstützung in der Bevölkerung sicher sein. Für eine Petition im Landtag kamen innerhalb kurzer Zeit über 10 000 Unterschriften zusammen.

Initiative protestiert gegen Schließung

■ **Ganz anders** waren die Ziele der Initiative „Rettet das Trigon“, die sich gründete, kurz nachdem die Sparpläne für das Jugendzentrum im August öffentlich wurden. Erstmals wehrten sich Bürger nicht gegen eine Bebauung, sondern die drohende Schließung einer Einrichtung. Die Initiative, vornehmlich junge Leute, sammelte Tausende Unterschriften

und organisierte eine Demonstration. Sie versprach Erfolg, doch letztlich scheiterte die Initiative an den Sparzielen des Stärkungspaktes und der fehlenden Unterstützung in der Bevölkerung.

■ **Die Bürger** regten sich vor allem über die Erhöhung der Grundsteuer B von 450 auf 825 Prozentpunkte auf.



„Ja zur Landschaft – Nein zum Windpark.“

FOTO: LUTZ VON STAEGMANN